

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 M., monatlich 50 Pf., frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-Zeitungs-Bezugspreis 1,20 M., einjährig 12 M., halbjährig 6 M., vierteljährig 3 M., monatlich 50 Pf. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile kostet 12 Pf. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 26. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Lloyd Georges Friedenspakt.

Vorverhandlungen zwischen England und Frankreich.

Paris, 26. April. (WZ.) Ueber den Stand der Verhandlungen, die seit gestern vormittag in Genua über den Abschluß eines allgemeinen europäischen Paktes geführt werden, wird dem "Petit Parisien" aus Genua berichtet, die Skizze einer Konvention habe der englische Justizminister Hurst gestern vormittag dem französischen Justizminister Fromageot übermittelt. Danach handelt es sich um eine Uebersetzung des Vierer-Vertrags von Washington.

Der Text beginnt mit der Erklärung, daß es wünschenswert sei, den Frieden zu verfestigen und die Entwaffnung zu erleichtern. In zwei Artikeln wird bestimmt, daß die unterzeichnenden Nationen sich verpflichten, sich nicht anzugreifen, und daß im Falle einer Verletzung des Abkommens die Nationen sich gegenseitig ins Benehmen setzen, um den Frieden wiederherzustellen. Das Dokument enthält keinerlei Sanktionen in seiner jetzigen Form, es scheint vielmehr durch seine Ungenauigkeit diejenigen zu ermutigen, die eine Revision der Verträge wünschten. Der Entwurf sei in dem Gedanken an die öffentliche Meinung Amerikas aufgestellt, die sich nur schlecht Rechenschaft von den Bedrohungen ablegen könne, die auf gewisse europäischen Staaten lasteten. Man könne deshalb ohne Demagogie in den Entwurf nicht das Wort Entwaffnung einfügen, höchstens könne man die Herabsetzung der Rüstungen als wünschenswert bezeichnen.

Es sei ferner wesentlich, daß die Konvention nicht der vollkommenen Aufrechterhaltung der Friedensverträge und der Anwendung der internationalen Verpflichtungen entgegenstehe. Die bedeutendste Veränderung sei die, die sich auf die Nationen beziehe, die frei sein müßten, unter sich Gruppen zu bilden, im Falle das Abkommen verletzt werde. Diese Festsetzung werde den Abschluß eines beschränkteren Paktes unter den Staaten der Kleinen Entente nicht verhindern oder eines Paktes, welcher mit Sanktionen versehen sei, unter der Kleinen Entente, Polen, Frankreich, Belgien und zweifelsohne auch Italien. Hier erscheine also der Gedanke eines alliierten Blocks.

Der Berichterstatter glaubt deshalb, daß kein allgemeiner Pakt ohne den hier gekennzeichneten kontinentalen Pakt abgeschlossen werde und daß dieser letztere nicht ohne den französisch-britischen Pakt möglich sei. Damit glaubt er eine friedliche Allianz in Europa schaffen zu können, deren Hauptstütze natürlich Frankreich sei.

Der Berichterstatter des "Matin" in Genua sieht die Dinge etwas anders. Er glaubt, daß die Bemühungen des tschechischen Ministerpräsidenten Benesch, der über diesen Pakt verhandelt, dahin gehen, daß durch den Vertrag der Angriff sowie auch die Propaganda und die Einmischung in die inneren Verhältnisse der Nachbarstaaten verhindert werden sollen. Selbst der Gedanke, Rußland und Deutschland zum Anschluß an diesen Vertrag aufzufordern, werde von Benesch erwogen. Drussland werde dabei als Bedingung stellen, daß Frankreich sich aller militärischen Sanktionen zur Ausführung des Vertrags enthalte. Dagegen erhalte Frankreich für die Ausführung der Verträge die restlose Unterstützung Europas und die Möglichkeit ausgedehntester wirtschaftlicher Sanktionen.

Aus den Veröffentlichungen der Pariser Presse geht hervor, daß Lloyd George den Entwurf seines europäischen Friedenspaktes dem Washingtoner Viermächteabkommen über den Stillen Ozean nachgebildet hat. Im übrigen lassen die Meldungen nicht ganz klar erkennen, wie der tatsächliche Inhalt des Vertragsentwurfs aussieht und was erst nachträglich auf Wunsch Frankreichs in den Vertrag aufgenommen worden ist oder aufgenommen werden soll. So ist es auffällig, wenn "Petit Parisien" davon spricht, der europäische Pakt werde ein englisch-französisches Sonderbündnis und daneben ein Sonderbündnis zwischen den Staaten der Kleinen Entente unter Frankreichs Führung nicht ausschließen. Damit wäre das politische Uebergewicht Frankreichs in Europa garantiert. Sollte Lloyd George selbst zu diesem Opfer bereit sein, um nicht mit völlig leeren Händen nach England zurückzukehren? Man weiß, daß Poincaré vor der Konferenz von Genua mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit das Bündnis mit England von der Sicherung der politischen Verhältnisse im Osten abhängig gemacht hat. Damals allerdings war Lloyd George zu einem derartigen Zugeständnis nicht bereit.

In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Interesse, wenn ein polnisches Blatt behauptet, Poincaré habe an zuständiger Stelle beantragt, die Mitgliederzahl des Obersten Rates zu vermehren und Polen sowie die Kleinen Entente zu den Beratungen und Beschlußfassungen dieses Gremiums zuzulassen. Das würde in etwa mit den Meldungen der Pariser Presse in Einklang zu bringen sein. Weniger allerdings mit dem Versailler Vertrag, an den sich Frankreich doch im übrigen so ängstlich anklammert. Aus dem Versailler Dokument geht unzweideutig hervor, daß als Oberster Rat die Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte anzusehen sind.

Als Hauptmächte werden England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan aufgezählt. Ein erweiterter Oberster Rat würde also für Entscheidungen, die mit dem Versailler Vertrag zusammenhängen, nicht mehr zuständig sein.

Davon abgesehen, würde ein europäischer Friedensbund, in dem eine bestimmte Mächtegruppe, wie es die Pariser Presse andeutet, für sich das Recht in Anspruch nimmt, gegebenenfalls Sonderaktionen zu ergreifen, ein Widerspruch in sich sein. In enger Verbindung mit dem Friedenspakt steht die Erweiterung des Völkerbundes, in den auch Deutschland und Rußland aufgenommen werden müßten, um das geplante Friedensinstrument wirksam werden zu lassen. Besteht aber neben Völkerbund und Friedenspakt eine Instanz, die man als ein erweitertes Direktorium zur Beherrschung der Welt bezeichnen könnte, wo bleibt dann das Prinzip der Gleichberechtigung, das allein die Garantie für einen gewaltlosen Frieden Europas zu geben vermag? Es ist erstaunlich, wie diese Probleme angesichts der Vertreter ganz Europas unter Ausschaltung nicht nur der ehemaligen Gegner, sondern auch der Neutralen ganz nach den alten allzu wohlbekannten Rezepten behandelt werden. Ob daraus jene neue Ära entspringen kann, die die Befriedigung Europas heraufführen soll?

Gegensätze.

London, 26. April. (WZ.) In einer gestern Abend um 9 Uhr aus Genua abgegangenen Reuter-Meldung heißt es: Zu der durch die britischen und die französischen Juristen ausgenommenen Prüfung des von Lloyd George Barthou überreichten Entwurfes für den geplanten Burgfriedenspakt müsse erwähnt werden, daß man auf Schwierigkeiten stöße, insbesondere da gleichzeitig andere Fragen berührt würden.

Rußland klagt Polen an.

Genua, 26. April. (E.P.) Tschitscherin richtete an den polnischen Minister des Aeußern Sturmont folgenden Brief:

Herr Minister! Zu der Note, die einige der Delegationen, die an der Konferenz von Genua teilnehmen, am 18. April dem Präsidenten der deutschen Delegation zukommen ließen und die in der Presse vom 19. April veröffentlicht wurde, und ferner zu der Antwort derselben Delegationen auf die deutsche Note vom 22. April gestatte ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes zu richten: Indem ich vollkommen die Frage beilegte lasse, ob die Erwägungen begründet sind, welche die Unterzeichner der ersten Note dazu brachten, Deutschland einzuladen, sich künftig der Teilnahme an der Erörterung der russischen Fragen auf der Konferenz zu enthalten, so glaube ich, daß meine Erwägungen wohl dazu führen können, sich ebenfalls der Erörterung russischer Fragen zu enthalten, da der zwischen Polen und Rußland in Riga am 8. März 1921 abgeschlossene Vertrag alle Fragen löst, welche diese Staaten interessieren, und zwar in einer viel endgültigeren Form als der Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Rußland. Gleichzeitig kann ich mich nicht enthalten zu bemerken, in welcher Weise es mir befremdlich von einem Staate erscheint, der ohne Vorbehalt die Sowjetregierung de jure anerkennt und der mit mir einen Vertrag abgeschlossen hat, einen Schritt zu unternehmen, der Rußlands des Rechts entheben sollte, Verträge mit anderen Staaten abzuschließen. Meine Regierung sieht in diesem Schritt Polens einen Angriff auf die Souveränitätsrechte Rußlands und infolgedessen eine grobe Verletzung des Friedensvertrages von Riga, der einerseits zwischen Rußland und der Ukraine und andererseits zwischen Polen und Rußland abgeschlossen wurde, und der im polnischen Landtag am 13. April 1921 ratifiziert wurde. Ferner besteht eine Verletzung des Abkommens von Riga vom 30. März 1922, das zwischen Rußland und Polen und Estland und Lettland abgeschlossen wurde, und wobei Polen sich u. a. verpflichtete, nicht nur auf der Konferenz von Genua seine Handlungen mit denen Rußlands in Uebereinstimmung zu bringen, sondern auch mit allen Kräften dahin zu wirken, daß Rußland von den Staaten, die die Sowjetregierung bisher nicht anerkannten, de jure anerkannt werde. Durch die Umstände, unter denen die Antwort auf die deutsche Note von einzelnen Staaten kreditiert wurde, unter denen Polen weder der Großen noch der Kleinen Entente angehört, das mit Rußland durch normale gegenseitige Beziehungen verbunden ist, wird ein derartiger Präzedenzfall geschaffen, den jede dritte Macht zum Anlaß nehmen könnte, um Verträge zwischen zwei Mächten zu annullieren. Wenn man diesen Präzedenzfall weiter verfolgt, so hätte Rußland das unbedingte Recht, Verträge oder Teile von Verträgen nicht anzuerkennen, die zwischen Polen und anderen Mächten abgeschlossen würden. Die Regierung Rußlands ist nicht geneigt, auf diesem Wege vorwärtszuschreiten und erklärt kategorisch, daß sie auf keinen Fall gestatten könne, daß die von ihr abgeschlossenen Verträge irgendwie davon abhängig sind, ob Dritte sie anerkennen oder nicht. In Erwartung Ihrer Antwort bitte ich Sie, die Versicherung meiner Hochachtung entgegenzunehmen.

Bekennnisschule und Verfassung.

Von Simon Kagenstein.

Es ist zweifelsfreier Rechtsgrundsatz, daß eine unzweideutige Gesetzesbestimmung nach ihrem Wortlaut auszulegen ist. Hat der Gesetzgeber etwas anderes geschrieben, als er im Sinne hatte, so entscheidet der Buchstabe des Gesetzes, ungeachtet des abweichenden gesetzgeberischen Willens. Ist aber der Wortlaut nicht völlig zweifelsfrei, so muß der Wille des Gesetzgebers, d. h. der Personen, die für das Zustandekommen des Gesetzes entscheidend gewesen sind, erforscht werden. Dieser ist dann maßgebend. Auch darüber herrscht in der Rechtsauslegung keine Meinungsverschiedenheit.

Nun ist an sich der Wortlaut des Art. 146 der Reichsverfassung, der von der Volksschule handelt, klar und deutlich. Es heißt da:

Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Reigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Art. 146, Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundföhen eines Reichsgesetzes.

Auf den ersten Blick scheint hier im Absatz 1 kein Zweifel möglich. Denn eine "für alle" gemeinsame Grundschule scheint jede Teilung, nicht nur nach gesellschaftlichen, sondern auch nach Bekenntnisrückichten auszuschließen. Tatsächlich liegt aber die Sache verwickelter, wie auch aus dem Absatz 2 hervorgeht.

Im Verfassungsausschuß bedeutete die Annahme des Absatzes in der vorliegenden Fassung schon eine bedeutende Abschwächung des ihr zugrunde liegenden Entwurfs. Dieser ist der demokratisch-sozialdemokratische Antrag Dr. Schferl-Weiß-Frau Pfüll (Nr. 98), in dem es in Zeile 5 heißt (sonst übereinstimmend mit Art. 146, Abs. 1): "Auf einer für alle Klassen und Bekenntnisse gemeinsamen Grundschule (der allgemeinen Volksschule) baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf."

Die entscheidenden Worte, die die Gemeinsamkeit für alle Bekenntnisse aussprechen, wurden auf Verlangen der Zentrumvertreter im Ausschuß gestrichen. Danach lag in dem Ausdruck "für alle" nur noch die Gemeinschaft der Klassen, nicht mehr die der Bekenntnisse. Hinsichtlich der letzteren wies vielmehr die Ausschlußfassung zweiter Lesung in dem neu zugefügten Absatz 2 die Entscheidung über Zulässigkeit und Maß bekennnismäßiger Gliederung der Gesetzgebung zu. Im Plenum wurden in zweiter Lesung auf Grund des Schulkompromisses vom 14. Juli diese Entscheidung sogar allgemein dem Willen der Erziehungsberechtigten der einzelnen Gemeinden überlassen. "Näheres", also nicht mehr das Ob, sondern nur noch das Wie, die Ausführung im einzelnen, sollte ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz bestimmen.

Bis dahin finden wir ein wachsendes Entgegenkommen gegen die Forderung der Bekennnisschule. Erst in der dritten Lesung setzt die entgegengesetzte Bewegung ein, die denn auch die endgültige Entscheidung brachte. Hier erfolgte eine Aenderung, die, äußerlich unscheinbar, in ihrer Tragweite doch bedeutungsvoll ist. Da der innere Zusammenhang nicht öffentlich bekannt ist, sei er nachfolgend dargestellt.

Die entscheidende Verhandlung wurde damals in einem Galeriezimmer des Weimarer Theaters zwischen den Herren Groeber und Dr. Wausbach (ich glaube, auch Dr. Rheinländer) vom Zentrum, vom Genossen Heinrich Schulz und mir von unserer Fraktion geführt. In der nicht leichten Verhandlung erklärte ich nun den Herren vom Zentrum, unter Hinweis auf die Unmöglichkeit, gegen die Stimmung unserer Genossen im Lande die Fassung zweiter Lesung aufrechtzuerhalten, ausdrücklich:

Sie haben bisher immer betont, daß der Ausdruck "für alle" im ersten Absatz nicht die Bekenntnisse meinen dürfe. Jetzt aber müssen wir im Gegensatz dazu, wenn überhaupt etwas zustandekommen soll, die Anerkennung fordern, daß dieser Sinn dennoch, wenn auch nicht als zwingender Grundsatz, so doch als Regel dem Ausdruck beigelegt wird. Und die Herren vom Zentrum haben nach hartem Kampfe (der auch nachher noch in ihrer Fraktion, wie auch, aus entgegengesetzten Gründen, in der unseren stattgefunden hat), aber klar und unzweideutig dieses Zugeständnis gemacht. Des zum Zeichen wurde im Absatz 2, der die Bekennnisschule zuläßt, das Wort "indes" eingeschoben, zum Zeichen, daß darin die Durchbrechung der im Abs. 1 aufgestellten Regel der für alle Bekenntnisse gemeinsamen Volksschule unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden sollte. Weiter



wurde in einer gemeinsam mit den Vertretern der demokratischen Fraktion abgehaltenen Besprechung in der Uebergangsbestimmung des Art. 174 dem zu erlassenden Reichsschulgesetz die besondere Berücksichtigung der Gebiete ohne bekenntnismäßig gegliederte Schule vorgeschrieben.

Herr Groeber kann den dargestellten Vorgang leider nicht mehr bezeugen, aber die anderen Herren werden ihn gewiß nicht bestreiten. Deutlich genug spricht auch die Erklärung, die im Namen der Regierung wie der drei an dem neuen Abkommen beteiligten Fraktionen Genosse Schulz in der dritten Lesung des Plenums am 31. Juli abgab. Es heißt da:

Die Regierung hat sich mit den antragstellenden Parteien über den Sinn der eingebrachten Anträge verständigt. Ich bin beauftragt worden, sowohl von den Antragstellern als von der Regierung dazu folgendes zu erklären: In Art. 143 wird in Abs. 1 verlangt, daß das öffentliche Schulwesen organisch auszugestalten ist. Das soll auf der Grundlage einer für alle Kinder gemeinsamen Grundschule geschehen. . . . Dadurch wird die „für alle“, also auch für alle Bekenntnisse gemeinsame Schule als die Regel aufgestellt. In dieser Auslegung sind sich die drei antragstellenden Parteien und die Regierung einig. . . .

Und ganz übereinstimmend erklärte Abg. Groeber, in Abweihung seines Fraktionskollegen Hofmann, der „im Namen der Lehrer und Lehrerinnen, die Mitglieder der Zentrumsfraktion sind“, den Kampf für die Erhaltung und Eroberung der Bekenntnisschule verkündet hatte:

„Die Mitglieder der Zentrumsfraktion, welche die Verhandlungen mit den anderen Parteien in der Frage der Schulkompromissfrage geführt haben, sind mit den Vertretern der anderen Parteien dahin übereingekommen, daß der Herr Abgeordnete und Unterstaatssekretär Schulz eine Erklärung über die Bedeutung der einzelnen Vorschläge in der Nationalversammlung vortragen sollte, über deren Inhalt eine vollständige Uebereinstimmung zwischen den drei Parteien bestand.“

Seine Fraktion habe es daher für unnötig gehalten, hierzu zu reden. Er tue es nur zur Abwehr Hofmanns, der nicht von der Fraktion beauftragt worden sei.

Es kommt ab und zu vor, daß der Gesetzgeber, um eine Frage zu klären, eine sogenannte authentische Interpretation, d. h. eine bindende Auslegung des Gesetzeswortlauts gibt. Hier haben wir den seltenen Fall, daß eine solche Auslegung dem Gesetz gleich von Anfang mit auf den Weg gegeben worden ist. Sie bestätigt den Sinn des Wortlauts, dessen Werden hier dargestellt worden ist. Wortlaut wie Entstehung des Gesetzes lassen danach keinen Zweifel, daß die Regelschule der Verfassung die nach sozialen Klassen wie nach Bekenntnissen gemeinsame Schule, daß jede andere eine Abweichung von der Regel ist. Danach ist der Beschluß des Ausschusses für das Schulgesetz, der dieser gemeinsamen Schule die Bekenntnis- und die Weltanschauungsschule gleichstellen will, verfassungswidrig.

## Knüppel-Kunze und Stinnes.

Kunze läßt bei Stinnes um Geld betteln.

Neuerst interessante Zusammenhänge deckt das „Berliner Tageblatt“ auf, indem es einen Briefwechsel zwischen den Herren Knüppel-Kunze und Herrn Stinnes bzw. seiner Berliner Vertretung zum Abdruck bringt.

Herr Richard Kunze, der Führer der sogenannten „Deutschnationalen Partei“, ist nach seiner Angabe der rabiatteste Kämpfer gegen den jüdischen Kapitalismus und leistet sich an demagogischer Verdrehung der Tatsachen das Menschlichste. Seine Tätigkeit als antisemitischer Propagandist kostet indessen eine Menge Geld, ohne daß sich genügend Gläubiger finden, die diese Mittel aus eigener Tasche ausbringen.

Deshalb läßt Kunze einen Bettelbrief an den größten lebenden Kapitalisten Deutschlands, an Hugo Stinnes, vom Stapel gehen. Allerdings unterzeichnet er nicht selbst. Sein „Deutsches Wochenblatt“ hat vielmehr eine „Lesergemeinde“,

die auf den schönen Namen „Heilo“ hört. Diese richtet ein Ersuchen um Unterstützung an Hugo Stinnes in Rühlheim und es kommt zunächst folgende Antwort:

„Heilo“,  
Lesergemeinde des „Deutschen Wochenblatts“,  
3. Hd. des Herrn Armin Jermisch,

Berlin-Steglitz, Körnerstr. 42.

Ihr gefälliges Schreiben vom 28. August habe ich dankend erhalten und mit Interesse gelesen. Ich habe dasselbe an die in Betracht kommende Berliner Abteilung weitergegeben. Sie werden von dort aus nähere Nachricht erhalten.

Hochachtungsvoll

Hugo Stinnes, Sekretariat, gez. Kremp.

Nach einiger Zeit kommt dann von der Berliner Abteilung Hugo Stinnes ein Antwortschreiben, das von Kapitänleutnant a. D. Humann, dem besonderen Vertrauensmann des Herrn Stinnes, verfaßt und unterzeichnet ist. Es lautet:

Hugo Stinnes.

Abteilung: N. Berlin.

B. Nr. Kr./Hp.

Berlin, den 6. Sept. 1920.

SW. 48, Wilhelmstr. 30/31.

Ami Nollendorf 4783-88.

420.

Sehr geehrter Herr Jermisch!

Ihr Schreiben vom 28. August an Herrn Hugo Stinnes ging mir zur sachlichen Erledigung zu. Ich habe mit Interesse von Ihren Ausführungen Kenntnis genommen. Gerade weil ich in vielen Punkten mit Ihnen übereinstimme, halte ich mich jedoch für verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß die von Ihnen gewählte Kampfesweise doch nicht zweckmäßig ist. Die Mittel Ihrer Propaganda sind Ihren Gegnern allmählich schon zu bekannt geworden und haben Gegenmittel erzeugt, deren Kraft augenblicklich stärker ist. Es gilt meiner Ueberzeugung nach neue Kampfmittel zu finden und für deren Ueberzeugung nach neue Verbreitung zu sorgen.

Eine Unterstützung Ihrer Bestrebungen glaube ich daher erst dann in Aussicht stellen zu dürfen, wenn ich überzeugt bin, daß Ihr Kampf zum Ziele führen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener gez. Humann.

Dieser Herr Humann, der nach seinem Brief in so manchen Dingen mit dem Radikantisemitismus Kunzes „übereinstimmt“, war vor dem Kapp-Putsch Vertreter des Reichsmarineamtes in der Pressekonferenz, was ihn nicht hinderte, während der Kapp-Tag auch im Namen der Kapp-Regierung tätig zu sein. Jetzt ist er Vertrauensmann des deutschen Volksparteilers Stinnes, und hat es ehrlich verdient, daß ihm auf sein Schreiben von „Heilo“ diese Antwort wurde.

Berlin W. 30, Mollstraße 68.

Herrn Hugo Stinnes, Abteilung N., Berlin.

B. Nr. Kr./Hp.

Sehr geehrter Herr!

Herr Jermisch hat mir Ihr geehrtes Schreiben vom 6. September übergeben, da ich jetzt hauptsächlich die Geschäfte der Lesergemeinde „Deutsches Wochenblatt“ führe. Aus Ihren Zeilen ersehe ich, daß Sie über unsere Bestrebungen noch nicht ganz im Bilde sind. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um die Trennung unserer gutgeleiteten Arbeiterschaft von ihren jüdischen Führern. Nach unserer und vieler anderer Deutschen innersten Ueberzeugung sind alle Anstrengungen nutzlos und alle Gelder wegzuwerfen, wenn es nicht gelingt, eine größere Zahl der Arbeiterschaft auf den richtigen Weg zurückzuführen.

Wenn es einen gibt, der diese Aufgabe richtig erkannt hat, und zu ihrer Lösung befähigt ist, so ist es nach unserer Ueberzeugung Herr Richard Kunze. Allein der Umstand, daß die sozialdemokratische und jüdische Presse gerade ihn mit allen zu Gebote stehenden Mitteln belächelt, beweist deutlich genug, wie sehr gerade seine Tätigkeit gesücht wird. Außerdem liegen aber bereits eine Menge Schreiben und mündliche Zustimmungungen aus Arbeiterkreisen vor,

die uns den untrüglichen Beweis liefern, daß Herr Kunze es richtig anzängt, die Arbeiter zu gewinnen.

Wir bedauern immer nur, daß er so wenig Verständnis für seine Ziele bei denjenigen findet, die instande wären, durch Aufbringung finanzieller Mittel seine Arbeit außerordentlich zu fördern und einen schnelleren Erfolg zu verbürgen. Es läßt sich nicht alles, was über diesen wichtigen Gegenstand gesagt werden müßte, schriftlich darlegen. Vielleicht könnte ich einmal mündlich mit Ihnen darüber sprechen. Herrn Kunze selbst möchte ich allerdings zu dieser Unterredung nicht hinzuziehen, wie ich ihm auch von diesem Schreiben keine Mitteilung gemacht habe, denn ich weiß, daß er außerordentlich Wert darauf legt, nach außen hin völlig unabhängig dazustehen, damit ihm niemals der Vorwurf gemacht werden kann, daß er andere, als Arbeiterinteressen vertritt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Wittstodt.

Ob die Unterredung zwischen Wittstodt und Humann zustandegekommen, weiß das „Tageblatt“ noch nicht zu berichten. Ebenjowenig, ob die verlangten Gelder zur antisemitischen „Sammlung guter gewinnender Arbeiter“ von Herrn Stinnes schon bewilligt sind. Diese Einzelheiten sind aber auch gering an Bedeutung gegenüber der Tatsache, daß Herr Stinnes die Bettelbriefe der Kunze-Gemeinde „mit Interesse“ liest und durch seine Betretung erhebliche Uebereinstimmung mit Kunze feststellen läßt. Den Arbeitern und kleinen Beamten, die wirklich bisher auf den antisemitischen Kunze-Leim getrocknet, wird es immerhin von einigem Interesse sein, zu wissen, daß Herr Kunze den jüdischen Kapitalismus mit Stinnes-Kapital zu bekämpfen sucht und dabei „nach außen völlig unabhängig dastehen“ möchte. Man wird ihn also in Zukunft noch etwas kritischer ansehen als das bisher schon der Fall war.

## Die „Freiheit“ einmal täglich.

Die „Freiheit“ teilt mit, daß sie ab 1. Mai nur noch einmal im Tage, als Morgenblatt, erscheinen wird. Nach ihren Angaben wäre das täglich zweimalige Erscheinen weiter nur möglich gewesen, wenn der bisherige Abonnementspreis von 35 auf 45 bis 50 M. erhöht worden wäre. Der Verlag zieht es unter diesen Umständen vor, das Blatt bei unverändertem Abonnementspreis nur noch einmal im Tage erscheinen zu lassen.

Die „Freiheit“ sucht ihre Leser über diese rückläufige Erscheinung damit zu trösten, daß sie sagt, auch beim „Vorwärts“ werde der Gedanke penaliert, der jetzt bei ihr Ausföhrung finde. Dazu möchten wir bemerken: Bei der geradezu unerträglich schweren Lage, in der sich die gesamte Presse befindet, sind natürlich in unserem Arde alle Möglichkeiten einer Erleichterung erörtert worden, so auch gelegentlich die des nur einmaligen Erscheinens. Ernsthaftige Absichten in dieser Richtung haben aber bisher niemals bestanden, und wir hoffen zuversichtlich, daß es dabei bleiben wird.

Berlin wird morgens, mittags, nachmittags und abends von bürgerlichen Pressezeugnissen überschwemmt. Allein die äußerste Rechte verfügt über sieben Blätter, die täglich zweimal erscheinen, dazu gesellen sich zwei volksparteiliche, drei demokratische Organe und zwei Zentrumblätter. Es wäre eine offenkundige Niederlage, wenn die Arbeiterpresse am Nachmittag der bürgerlichen Presse das Feld ganz allein überlassen wolle.

Die U.S.P. wird ab 1. Mai die einzige Partei sein, die in Berlin nur noch über ein einmal täglich erscheinendes Organ verfügen wird. Und ob dieses einmal täglich erscheinende Organ auf die Dauer lebensfähig sein wird, steht dahin. Denn bisher hat sich weder seine geschäftliche Leitung bewährt, noch ist es unter seiner neuen Redaktion aktueller und interessanter geworden. Man kann in diesem Fall also wirklich nicht sagen, daß ein leuchtendes Vorbild gegeben sei, eher könnte es heißen: „Die Spuren nachsehen!“

Von unseren Lesern und Parteigenossen erwarten wir, daß sie den täglich zweimal erscheinenden „Vorwärts“ mit allen Kräften unterstützen werden.

Dollar 282 bis 276.

## Pflege der Handwerkskultur.

Vom Reichskunstwart Dr. Redtsch).

Die alten deutschen Städte haben in jahrhundertelanger Schulung ein Handwerk herausgebildet, das in einzigartiger Weise Traditionen zu hüten und neue Anregungen organisch zu verarbeiten verstand. Dies Handwerk hat während der letzten Jahrzehnte schwer gelitten. Es mußte sich mit der Industrie auseinandersetzen. Eine Zeitlang wurde das durch Unterbietung versucht, eine Zeitlang durch Vermengung, dann kam ein Gesundungsprozeß: es wurde ein organischer Ausgleich geschaffen zwischen der materialgerecht gehaltenen Arbeit des Handwerks und der typisierenden Tendenz der Industrie. Immer mehr strebt also heute das deutsche Handwerk nach der Ausgestaltung des hochwertigen Einzelstückes, während die Industrie die Erfahrungen und die Borarbeit des Handwerks benutzt, um zu einfachen Normen zu kommen. Dieser Ausgleich zwischen Meisterarbeit und Massenfabrikation ist für die Volkswirtschaft von größter Bedeutung; denn die Industrie braucht die Anregung gebiegener und geschulter Höchstleistungen.

Es besteht daher ein großes kulturelles Interesse, die Erfindungswerte handwerklicher und technischer Könnens zu erhalten, die gerade Deutschland so vielseitig ausgebildet hat. Der Krieg und die jahrelange Unterbrechung geordneter Arbeitsweise hat diesem Ordbelieb an handwerklichem Können außerordentlich geschadet. Kostbare Erfahrungswerte konnten von der alten Generation den Jüngeren nicht organisch weitergegeben werden. Heute ruht die letzte traditionell entwickelte Kenntnis wertvoller Handwerkstechniken und Handwerksgeheimnisse in den Händen hehzigjähriger Meister. Wohl ist in der jungen Generation ein starker Wille der Hinwendung zu hochwertiger Handwerksleistung zu erkennen, aber es fehlt an Fürsorge, Verständnis und Aufträgen, um diesen Willen zur Erhaltung des Handwerks und seines Nachwuchses entscheidend zu festigen.

Trotz aller Vorteile, die die leichte Verkaufsmöglichkeit, mehr allerdings der deutschen Industrie als dem Handwerk, während der letzten Monate brachte, sind weite Kreise Deutschlands erlahmt und einseitig. Jede Stimme, die dem deutschen Handwerk sagt, daß er seinen mühevollen Kampf nicht aufgeben soll, jede Stimme, die dem handwerklich begabten jungen Menschen den Wert einer gebiegener Lehre klarmacht, ist daher von entscheidender Bedeutung. Aus diesem Grunde ist es nötig, daß eine Aktion zur Erhaltung wertvoller Handwerkstechniken in Deutschland planmäßig einsetzt. Folgende Aufgaben sind zu erfüllen:

1. Man muß eine Uebersicht über hervorragende einzelne Meister und bestimmte örtliche Traditionen aufstellen, die wertvolle und leitende Handwerksstechniken noch beherrschen.

2. Diesen Meistern muß man Aufträge vermitteln. Vor allem ist es nötig, eine Reihe hochwertiger Stücke handwerklicher Arbeit zu einer Ausstellung zu vereinigen, die in Deutschland, aber möglicherweise auch im Ausland gezeigt wird.

3. Am schnellsten zuzugreifen, muß man gegebenenfalls begabten Schülern, aber auch jungen Künstlern durch eine Unterstützung die Möglichkeit geben, ein Handwerk zu erlernen, ebenso wie man nötigenfalls einem Meister, dessen Können und Wissen mit ihm aufhören würde, durch Aufträge und Unterstützung die Möglichkeit geben muß, Beibringe auszubilden.

4. Um der Bewegung Nachdruck zu geben, braucht man das gesamte Material behandelnde Handbücher, die das Verständnis für den Wert handwerklicher Arbeit mit Hilfe von bildlicher Darstellung und leichtverständlicher textlicher Erläuterung geben.

5. In Zusammenhang mit der Vorbereitung der Ausstellung und der Bücher ist eine Sammlung von Photographien und zeichnerischen Darstellungen anzulegen, welche Werkstätten und Vorbilder festhalten.

Zur Erreichung dieses Zieles sind während der letzten Monate verschiedene Schritte eingeleitet worden. Der wichtigste davon ist die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Handwerkskultur, die anfänglich an einen Vortrag des Reichskunstwartes im Januar 1922 von Hannover aus gegründet wurde. Diese Arbeitsgemeinschaft will die Anerkennung der kulturellen Bedeutung wertvoller Handwerksarbeit durchsetzen, sie will zugleich einen Fonds zusammenbringen, um die in vorliegendem Mahnruf dargelegten Ziele tatkräftig in Angriff zu nehmen.

Ergänzt wird diese Arbeitsgemeinschaft durch einen Bund zur Erhaltung wertvoller Handwerksstechniken, der besonders mit einzelnen Ortsgruppen arbeiten will. Die örtliche Führung soll hier Dresden übernehmen. Die Gründung der Berliner Ortsgruppe darf nach bisher gepflogenen vorbereitenden Verhandlungen als gesichert gelten.

Hebbels „Judith“ ist aus dem Deutschen Theater ins Große Schauspielhaus übergesiedelt, wo sie sich gestern zum ersten Male zeigte. Besetzung und Inszenierung sind fast unverändert geblieben. Nur in der Titelfarbe hat ein Wechsel stattgefunden: an Stelle der Straub erschien Max Steuermann, die die mannigfachen Hemmnisse dieser fürchterlichsten aller Bühnen ehrlich zu überwinden bemüht war, aber im ganzen doch in lauter und greller Monotonie ertrank. Die Szene war schön und wirkungsvoll, wenn sie das Riesepodium füllte. Bei den kleineren Bildern, die nur die Mitte der Bühne erhellten zeigen, während links und rechts gespensliches Dunkel gähnt, kam keine Stimmung auf. Vom Geist und Eil Hebbelscher Dichtung kann eine fast ausschließlich auf optische Wirkungen eingestellte Inszenierung natürlich nur ein Zerrbild bieten.

Der Affektivismus eines deutschen Forschungsreisenden Hans Schomburgk wurde gestern geliebten Gästen in den Wirtelsbachtheatervorstellungen am Bayerischen Platz vorgeführt. In einem erläuternden Vortrag besaßte sich Schomburgk selbst bitter über das ablehnende Verhalten der deutschen Kinotheater.

besitzer, die sich energisch wehren, dergleichen Filme in ihr Programm aufzunehmen. Es besteht keine Ursache, an dieser Tatsache zu zweifeln, denn was wir in Berlin an ethnographisch wertvollen Reisedokumenten zu sehen bekommen, ist leider sehr spärlich. Schomburgk führt durch Loga und Liberia. Er zeigt das Land in seiner pittoresksten Einförmigkeit und vor allem die Menschen, die es lebendig machen und von seinen Schätzen zehren. Wir werden durch eine stattliche Anzahl Eingeborenerdörfer geführt, sehen die Menschen in tödlicher Notheit fast im Spiel jene Verrichtungen ausführen, die wir als ernsteste Arbeit zum Lebensunterhalt bezeichnen. All diese schwarzen Herren und Damen tanzen unheimlich viel und es scheint, daß die Herren darin den Vogel abschießen. Wir erleben dann Jagden durch Urwälder, dicke Dschungelgebiete und Steppen, wohnen dem Transport der erlegten und gefangenen Tiere bei und werfen Blicke in das Lagerleben. Der Beifall, den der Film fand, müßte eigentlich ein Beweis dafür sein, daß die Kinotheaterbesitzer das Berliner Publikum höchst ungerecht bevormunden und zum mindesten falsch einschätzen.

Reichsgesetzliche Regelung des privaten Unterrichtswezens. Der Deutsche Gewerkschaftsverband hat die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des gesamten privaten Unterrichtswezens auf die Tagesordnung der zu Pfingsten stattfindenden Deutschen Gewerkschaftsversammlung gesetzt. Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern hat nämlich kürzlich den Verbandsvertretern erklärt, daß ein solches Gesetz vorerst noch nicht in Arbeit sei, daß man aber einer entsprechenden Anregung folgen werde. Nach der Verfassung ist die reichsgesetzliche Regelung möglich; diese enthält auch in Artikel 147 schon einige Grundzüge. Nun hat in einer Weimarer Besprechung ein Ausschuss von Vertretern der verschiedenen Interessentkreise, der in Gegenwart von Mitgliedern staatlicher und städtischer Behörden tagte, sich auf Richtlinien geeinigt. Man war der Ansicht, daß eine einheitliche gesetzliche Regelung nötig sei, und daß sie sich auf alle privaten Schulen, nicht nur auf die gewerblichen, erstrecken müsse. Die jetzige Regelung in Preußen könnte in vielen Punkten vorbildlich sein, aber sie ist bisher nur auf dem Verordnungsweg erfolgt und leider noch nicht einheitlich für die verschiedenen Fachschulzweige.

Neues Volkstheater. In den Auführungen „Schüler Niolas“ wird vom 29. April an Armin Schweizer die Titelrolle spielen. — Es ist Bildt wurde für die nächste Spielzeit als Oberregisseur und Darsteller verpflichtet.

Vollständige Theater am Südpark. Die diesjährige Sommerfestspiele beginnt unter der Direktion Kell am 1. Juli. Als erstes Stück gelangt „Robert und Bertram“ mit Julius Sachs und Hans Wöhlmann in den Titelföhrungen zur Aufföhrung. Regie: Hans Jell.

Der Raschlag der Marie Baskirteff. Marie Baskirteff, die junge Kalerin, die mehr als durch ihre Bilder durch die originale Präzision des aus ihrem Raschlag verdrängten Tagesbuches berühmt geworden ist, soll noch einmal die literarische Welt überraschen. Wie in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ mitgeteilt wird, ist ihre Mutter in Riga gestorben, und es land sich in ihrem Raschlag noch ein großer Kasten mit unerschöpflichen Schätzen der Tochter, die ihr bereits 1884 im Tode vorausging. Diese Arbeiten sollen nun demnächst veröffentlicht werden.

\*) Aus der soeben erschienenen Nummer der „Mitteilungen des Reichskunstwartes“.



# Sozialdemokraten, denkt an den 1. Mai!

## Vor der Uebergabe Oberschlesiens.

Oppeln, 26. April. (M.B.) Die „Oppelner Morgenzeitung“ verbreitet folgenden Aufruf der Interalliierten Kommission an die Bewohner Oberschlesiens, welcher von General Le Rond, General Marinis als Vertreter Italiens und General Henneker als Vertreter Englands unterzeichnet ist:

Die Uebergabe der ober-schlesischen Gebiete an Deutschland bzw. Polen in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles ist nur noch eine Frage von Tagen. Anfang Mai sollen die Vertreter der deutschen und der polnischen Regierung von der Interalliierten Regierungskommission nach Oppeln berufen werden, um die Uebergabe der öffentlichen Verwaltung an die deutschen bzw. polnischen Behörden vorzubereiten. Dieser ungewöhnliche Zustand rechtfertigt ungewöhnliche Maßnahmen. Keinem Friedensförderer soll Gelegenheit gegeben werden, den öffentlichen Frieden zu gefährden. Alle friedliebenden Menschen dieses Landes müssen es sich vorbehalten und im engen Einvernehmen mit den anderen angelegen sein lassen, alle Ungeheuer im Zaume zu halten, unüberlegten Handlungen vorzubeugen und überall und bei jeder Gelegenheit die Sprache der Vernunft zu führen. Möge also die Bevölkerung Oberschlesiens Selbstbeherrschung üben, möge sie ihre Ruhe und Würde bewahren, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, in Ruhe und Frieden ihre Nachbefugnisse auf Deutschland bzw. Polen zu übertragen.

## Die preussische Justiz.

### Weitere Auflagen im Hauptauschuss des Landtags.

Bei der heutigen Fortberatung des Justizetats im Hauptauschuss des Preussischen Landtages führte Genosse Dr. Siegfried Rosenfeld das Sündenregister der Justiz weiter. Er charakterisierte namentlich die ostelbische Rechtsprechung bei Streitigkeiten zwischen Gutsbesitzern und Landarbeitern. Das Amtsgericht in Stargard erklärt die Entlassung eines Arbeiters, der Betriebsrat ist, für gerechtfertigt, weil er dem Gutsbesitzer vorgeworfen hat, er behandle seine Leute wie ein Stück Vieh. Der Wahrheitsbeweis für diese Behauptung wird als unerheblich abgelehnt. In einem anderen Falle erklärt ein Prenzlauer Gericht die sofortige Entlassung eines Landarbeiters und seine Hinausweisung aus der Wohnung damit für begründet, daß der bereits Gefändigte den Gruß des Arbeitgebers nicht erwidert habe, denn die Grußverweigerung sei eine Achtungsverletzung gegen den „Dienstherren“. (Leben wir noch in der Zeit der Leibeigenschaft?) Das gleiche Gericht weist die Klage eines anderen Arbeiters wegen seiner sofortigen Entlassung zurück, weil er — den Arbeitgeber geschlagen habe. Der Kläger wendet ein, daß der Arbeitgeber ihn zuerst geschlagen und er daher in Notwehr gehandelt habe. Das Gericht erklärt diesen Einwand für unerheblich. Selbst wenn er zuerst geschlagen worden sei, habe der Arbeiter sich nicht wehren dürfen. Während dem ländlichen Arbeiter aus der geringsten Beleidigung des Salontones ein Strich gelehrt wird, bleiben schwere Beleidigungen, die Gutsbesitzer gegen Funktionäre des Landarbeiterverbandes ausprechen, straflos. So z. B. die Bezeichnung eines Gutsbesitzers: „Wenn der Arbeitersekretär ihn in seiner Wohnung besuchen wolle, so solle er erst ein ärztliches Attest mitbringen, daß er — seuchenfrei sei!“

Der Justizminister antwortete nur mit der Bitte, daß man ihm solche Fälle vorher mitteilen möchte. Dem Deutschnationalen Lübede waren auch diese Fälle an Zahl zu gering, obwohl die Deutschnationalen selber an dem Beschluß, die Redigkeit zu beschränken, mitgewirkt und dadurch die Vorbringung des vorhandenen weiteren Materials unmöglich gemacht haben. Der Abgeordnete Dichtstein (N. Soy.) entrollte dann noch ein erschütterndes Bild der deutschnationalen ober-schlesischen Justiz, namentlich bei den Strafkammern Gleiwitz und Beuthen.

## Die Gewerkschaftsinternationale.

Rom, 26. April. (Antel.) Die gestrige Vormittagsitzung wurde mit der Diskussion über den Vorschlag des Bureaus betreffs einer Einigung des Gewerkschaftsbundes mit dem internationalen Arbeiterinnenbund eröffnet. Gegen diesen Vorschlag erhob sich besonders von Seiten der deutschen Vertreter Opposition, weil diese von einer solchen Vereinigung eine Spaltung des Gewerkschaftsbundes in weibliche und männliche Mitglieder befürchteten. Der englische Delegierte Shaw unterstützte die Ausführungen der deutschen Delegierten, während Chevenard, Frankreich für den Vorschlag des Bureaus eintrat.

Es wurde dann ein Kompromißvorschlag des Vorsitzenden Thomas eingereicht, der verlangte, daß man sich über das Leben des Arbeiterinnenbundes erst genügend Kenntnis verschaffen möge und daß bis dahin von einer Vereinigung zwischen den beiden Organisationen Abstand genommen werden solle. Es wurde auf die Notwendigkeit,

### der Frauenbewegung die größte Aufmerksamkeit

zu schenken, hingewiesen, da die ganze Arbeiterbewegung sonst schwer darunter leiden würde, wenn die Frauen abseits ständen. Der Vorschlag des Bureaus zu einer Einigung zwischen dem Internationalen Arbeiterinnenbunde und dem Gewerkschaftsbunde soll dessen nächster Konferenz abermals vorgelegt werden. Bis dahin soll sich der Gewerkschaftsbund darauf beschränken, dem Arbeiterinnenbunde gegenüber eine wahlwollende Haltung einzunehmen.

Diesen Erörterungen schloß sich die Diskussion über das Referat Jimmens an. Besonders lebhaft wurde dessen Vorschlag diskutiert, daß für den Fall eines Krieges alle dem Bunde angeschlossenen Verbände in den Generalstreik treten sollen. Schürch-Schweiz forderte eine Urabstimmung in allen Metallarbeiterverbänden, die sich für den Kriegsfall zur Proklamation des Generalstreiks verpflichten sollen. Dismann-Deutschland forderte in dieser Frage ein engeres Zusammengehen mit Moskau, indem er darauf hinwies, daß in der Frage der Bekämpfung des Militarismus und des Krieges ein Zusammengehen mit Moskau notwendig und möglich sei. William-England erklärt, daß die in der Eröffnungssitzung der Konferenz von Genua russischerseits vorgebrachte Erklärung, daß Rußland abrücken wolle und eine allgemeine Abrüstung vorschläge, die bedeutendste Tatsache der Konferenz gewesen sei.

Den Beschluß der Sitzung bildeten die Verhandlungen über die Verteilung der Mandate der verschiedenen Länder im Bureau. Gegen den Vorschlag des Bureaus, Deutschland, Oesterreich und der Schweiz zusammen nur ein Mandat zu geben, protestierten die deutschen Vertreter mit der Begründung, daß Deutschland allein 8 Millionen organisierter Arbeiter aufzuweisen habe. Es wurde beschlossen, Deutschland ein Mandat und Oesterreich und der Schweiz zusammen ein Mandat zu geben.

## Die Skandaliszene im Stadtparlament.

Im Rathaus „wird's schöner mit jedem Tag“. Der Austritt in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, den unser Bericht im heutigen Morgenblatt schilderte, bedeutet einen neuen Rekord. Daß der Unabgängige Dr. Koelich den Oberbürgermeister einen „Lümmel“ schimpfte, sucht die „Freiheit“ zu entschuldigen. Sie berichtet, der Oberbürgermeister habe die ganze Fraktion der Unabgängigen beschimpft, indem er diese, mit der Faust auf den Tisch schlagend, als „verantwortungslose Gesellen“ bezeichnete. Daraus habe Dr. Koelich ihm zugerufen: „Und Sie sind ein unverdächtig Lümmel!“ Oberbürgermeister Böß hat gestern gar nicht das Wort genommen, es soll sich also wohl um einen Zwischenruf oder um eine am Magistratsstisch gefallene Bemerkung handeln.

Hierzu schreibt die „Bosliche Ztg.“: „Nach einer Erklärung, die Dr. Böß und Dr. Koelich unserem Berichterstatter machten, soll Oberbürgermeister Böß zu einem Magistratskollegen den Ausdruck „verantwortungslose Gesellen“ gebraucht haben, was von einigen Unabgängigen gehört wurde. Diese gaben die Bemerkung weiter und darauf soll dann der Sturm losgebrochen sein.“ Hiernach wird Dr. Koelich für sich geltend machen, daß er in gutem Glauben gehandelt hat. Auch der Oberbürgermeister selber ist nach Schluß der gestrigen Sitzung vom Berichterstatter der „Boslichen Ztg.“ befragt worden. Er bestritt ganz entschieden, einen Ausdruck wie „verantwortungslose Gesellen“ gebraucht oder etwas Ähnliches gesagt zu haben. Stadtkämmerer Karding bestätigte, daß ein solcher Ausdruck vom Oberbürgermeister nicht gefallen sei.

Gegenüber dem Stadtverordneten Genossen Dr. Bohmann hat der Oberbürgermeister gleichfalls noch am gestrigen Abend in einer Unterredung erklärt, den Ausdruck „verantwortungslose Gesellen“ nicht gebraucht zu haben. Er habe nur wiederholt versichert, daß der Kämmerer recht habe.

## Der gemütskranke Keil.

### Wiedererhaftung aus dem Sanatorium heraus.

Die Erpressungsaffäre des Herausgebers der „Deutschen Nachrichten“, Artur Keil, die schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt, ist in ein neues Stadium getreten. Keil wurde, wie berichtet, kürzlich wegen Erpressung in zwei Fällen, die getrennt voneinander verhandelt wurden, zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen der bevorstehenden Niederkunft seiner Frau wurde er bald darauf gegen eine Bürgschaft von 40 000 M. aus der Untersuchungshaft entlassen. Inzwischen waren aber bei der Staatsanwaltschaft weitere Anzeigen eingegangen, nach denen Keil in der üblichen Art der Revolverjournalisten noch eine ganze Reihe von Erpressungen begangen hat.

Der „Herr Chefredakteur“ ging in allen Fällen auf die gleiche Weise vor. Er setzte zahlungsfähige Personen davon in Kenntnis, daß er im Besitz von Material gegen sie sei und lud sie zu einer Besprechung in seine Redaktion ein. In der Unterredung ließ Keil dann durchblicken, daß er gegen Ertrag der „Unkosten“ bereit sei, den Artikel nicht erscheinen zu lassen. Vermünderweise entsprach die Höhe der „Unkosten“ stets der Vermögenslage der Angegriffenen. Sehr hoch war sie in einem Falle einer bekannten Opernsängerin, die anonym den Büstenabzug eines schon erschienenen Artikels zugesandt bekam, in der Keil von der hohen Warte seiner Stillschaltung über das Privatleben der Künstlerin moralisch entrüstet. Billiger weg kamen einige Beamten, die Privatvorstellungen des Pola-Bach-Balletts besucht hatten und deren Namen Keil in seiner Zeitung zu nennen drohte, wenn sie ihm nicht ein Darlehen zur Papierbeschaffung für sein Blatt zahlten. Auf Grund dieser und anderer ähnlicher Fälle erließ die Staatsanwaltschaft einen neuen Haftbefehl gegen Keil. Dieser hatte Wind davon bekommen und begab sich in ein bekanntes Sanatorium für Gemütskranke in Charlottenburg. Der Leiter dieser Heilanstalt, in der der Aufenthalt täglich 300 M. kostet, stellte seinem Schützling ein Attest aus, daß er „schwer nervenleidend“ und hoffnungslos sei, ließ es aber zu, daß der Pflegepflichtige, die Vorgänge und ähnliche Vermögensverhältnisse besuchte. Die Kriminalpolizei zeigte für diese Art der Kervenbehandlung kein Verständnis und verhaftete Keil, als ihm wiederum ein Ausgang bewilligt worden war. Diesmal zu einem gemütskranken Kassekassier in seiner Wohnung. Nunmehr wird sich ein Gerichtsarzt mit dem seltsamen Nervenleiden und der nach seltsameren Heilmethode des Privatgutachters beschäftigen. Unausgesprochen ist noch, aus welchen Quellen dem Erpresser neuerdings die Geldmittel geflossen sind, aus denen er den mehrwöchigen Aufenthalt in dem Sanatorium und die Bürgschaft bestritten hat. Es wäre wünschenswert, wenn sich Personen, die hierüber Auskunft geben können, bei der Kriminalpolizei melden würden.

Eine weitere Ausdehnung hat die Angelegenheit dadurch erfahren, daß auch der Schriftsteller Wilhelm Hendrich wegen Erpressungen verhaftet wurde. Er war von Keil für ein tägliches Gehalt als Redakteur angestellt worden, wofür er nicht nur die Verpflichtung hatte, die Zeitung zu redigieren, sondern auch einen in der von Keil neben den „Neuesten Nachrichten“ herausgegebenen Sportzeitung einen fortlaufend erscheinenden Roman „Der Turfönig“ zu schreiben, unter dem der Name Artur Keil als Verfasser prangte.

## Sonntagsrückfahrkarten.

Am Sonnabend, den 29. April, treten die neuen Fahrpreise für Sonntagsrückfahrkarten in Kraft. Bei der Preisfestsetzung für den Bereich des Berliner Vorortverkehrs sind die ermäßigten Sätze des Tarifs für diesen Verkehr betrachtet, woraus sich die teilweise geringen Unterschiede der Preise 3. und 4. Klasse erklären. Die vom Siedtiner Bahnhof ab gültigen Sonntagsrückfahrkarten werden auch von der Fahrkartenausgabe Gesundbrunnen und die vom Gärtlicher Bahnhof ab gültigen auch von der Fahrkartenausgabe Nieder-Schönweide-Johannisthal ausgegeben. Diese Karten gelten zu Fahrten an allen Sonntagen und Festtagen. Diese Sonntagsrückfahrkarten berechtigen zur Fahrt mit allen fahrplannmäßigen Personenzügen mit entsprechenden Wagenklassen, soweit nicht durch besonderen Schalterausgang einzelne Züge ausgeschlossen sind, sowie zur Benutzung von Stadt- und Vorortzügen. Bis auf weiteres werden diese Karten schon am Tage vor dem Geltungstage ausgegeben und berechtigen an diesem Tage nachmittags zur Hinfahrt in dem nachstehend angegebenen Umfang: in der Richtung Kremmen von 1 Uhr ab, Fürstenberg, Ehrin und Friedenwäld von 4 Uhr ab, Bernau von 4 Uhr ab, Dahmsdorf-Müncheberg von 2 Uhr ab, Lübbenau von 6 Uhr ab und nach Scharmützel von 3 Uhr ab. Fahrunterbrechung ist auf der Hin- und Rückfahrt je einmal gestattet; auch kann die Rückfahrt von einer Zwischenstation oder, soweit dies auf den Karten vermerkt ist, von einer Station einer anderen Strecke angetreten werden. Der Uebergang in die 2. Klasse ist nicht zulässig. Die Rückfahrt muß auf der Zielstation spätestens am Mitternacht, von Unterwegstationen spätestens mit dem Zuge angetreten werden, der die Zielstation am Mitternacht verläßt. Kinder vom vollendeten 4. bis 10. Jahre genießen die übliche Fahrpreismäßigung.

## Untergrundbahnhof Halle'sches Tor.

Zum Bau der Nord-Süd-Bahn wird uns geschrieben: Nach der nunmehr erfolgten Fertigstellung des größten Teiles des Unterwerkes am Halle'schen Tor gehen jetzt auch die Arbeiten an dem neben diesem Werke liegenden Untergrundbahnhof ihrer Vollendung entgegen. Die Eigenart der Verhältnisse dieser Baustelle brachte es mit sich, daß zunächst die schwierigeren Arbeiten an der Unterführung des Landwehrkanals und des westlichen Torgebäudes sowie die auf der Ostseite des Belle-Alliance-Platzes liegende Maschinenhalle für das Unterwerk fertiggestellt werden mußten, weil alle diese Bauten bedeutend tiefer in der Erde liegen als die Sohle des Untergrundbahnhofs, der nunmehr auch seiner Vollendung entgegengeht. Die verhältnismäßig tiefe Lage des Bahnhofs unter der Straßendecke gestattet die Schaffung eines Bahnhofs unter der Erde, der allen Anforderungen des Verkehrs gewachsen ist. Vom Bahnsteig aus gelangt der Reisende über zwei breite Treppen an jedem Bahnsteige zunächst in die Schalterhalle. Die eine dieser Schalterhallen liegt in der Mitte des breiten Querganges am Südbau der Friedrichstraße und erhält seine Beleuchtung am Tage durch ein breites Oberlicht. Von dieser Schalterhalle, an der jetzt gearbeitet wird, führen zwei Treppen auf die Mittelpromenade des Belle-Alliance-Platzes. Die zweite Schalterhalle liegt zwischen den Fundamenten der beiden Torgebäude; von ihr führen zwei Treppen seitlich nach der rechten und linken Kolonnade des Halle'schen Tores, während ein unterirdischer Gang direkt in das Treppenhaus der Hochbahn führen wird und einen Umfängereifer zwischen Hoch- und Untergrundbahn ohne Bahnsteigsperrung ermöglicht. Mit diesem neuen Untergrundbahnhof gewinnt das Halle'sche Tor als Verkehrs- und Unterwegstation erheblich an Bedeutung. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich noch vor Juni beendet sein, so daß sich an sie der Innenausbau unmittelbar anschließen kann.

## Ein Musikopferfest.

Ein Opfertag der Musik zur Beschaffung von Mitteln für eine sach- und sorgemäße Heranbildung des Musikernachwuchses soll in Berlin veranstaltet werden. Es gilt der Umgestaltung des Musiklehrwesens überhaupt. An Stelle der bisherigen Ausbildung in Musikgewerbebetrieben soll die schulgemäße Ausbildung treten. Die jungen Leute, welche sich der Musik widmen wollen, sollen dieses Ziel ohne gleichzeitige Besorgung jedweder häuslichen Arbeit für ihren Lehrern und ohne andauernd gewerbliche Nacharbeit erreichen können. Die hierzu nötigen Geldmittel will die Musikerschaft selbst aufbringen. Durch ganz Deutschland geht die Parole: „Die Kunst für die Kunst. Ein Opfertag der Musik für den Musikernachwuchs.“ Auch die Berliner Musikerschaft hat sich diese Parole zu eigen gemacht. Sie tritt für den Opfertag mit folgenden Veranstaltungen auf den Plan: 1. Sonnabend, den 29. April, vormittags 11½ Uhr, in der Staatsoper Sonderskonzert der Staatskapelle unter Leitung von Wilhelm Furtwängler. 2. Am gleichen Tage, abends 11½ Uhr, ein Nachtfest unter Mitwirkung der namhaftesten Künstler und Künstlerinnen im Kinopalast Alhambra am Kurfürstendamm. 3. Sonntag, den 30. April, vormittags 11½ Uhr, im Ufa-Palast am Zoo Matinee des Ufa-Sinfonie-Orchesters unter Mitwirkung hervorragender Solisten. Dirigent: Hermann Scharwenka. Weiter findet am Dienstag, den 2. Mai, in sämtlichen Gaststätten Groß-Berlins der Opfertag der Ensemble-Musik statt. Auch hier sollen in allen Fällen besondere künstlerische Leistungen geboten werden. In Aussicht steht schließlich noch ein Sonderskonzert des Deutschen Opernhaus-Orchesters.

## An die Arbeiterkinder Neuköllns!

Von den Vereinigten Elternbeiräten der weltlichen Schulen Neuköllns kommt folgende Mahnung: „Gegen den Schulstreik der deutschnationalen Christen ist Streikbruch Ehrenpflicht. Schickt eure Kinder in die befreiten Schulen, denn alle Lehrpersonen stehen zu Diensten. Für unbehinderten Zutritt der Kinder ist Sorge getragen. Wer mit dem Treiben der „Christen“ nicht einverstanden ist, melde sein Kind sofort um in eine weltliche Schule.“

## Erwerbslosenunterstützung auch an Dänen.

Der Reichsarbeitsminister hat neuerdings bestimmt, daß dänische Staatsangehörige, die in Deutschland erwerbslos werden, die Erwerbslosenunterstützung erhalten werden kann, wenn sie seit dem 1. Juli 1919 im Deutschen Reich wohnen und im übrigen die Voraussetzungen für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung gegeben sind. Dänemark läßt erwerbslose deutsche Reichsangehörige die gleiche Fürsorge genießen. Dagegen sind lettische Staatsangehörige in Deutschland mangels Gegenseitigkeit von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen.

Für Schwerhörige und Erlaubte. In der I. Universitäts-Ohren-, Hals- und Nasenklinik, Luisenstraße 12, beginnen neue Kurse im Abheben der Sprache und zur Spracherhaltung für Schwerhörige und Erlaubte unter fachärztlicher Leitung. Hierbei werden zum ersten Male die mit Beihilfe des Reichsarbeitsministeriums durch die Kulturstiftung der Ufa hergestellten Sprachaufnahmen vorgeführt und für die Übungen verwertet. Redungen (auch von gehöriggeschädigten Kriegsteilnehmern) werden Eingang 3 bei Professor Dr. Flatau Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag 12—1 Uhr entgegengenommen.

Im Berliner Aquarium sind jetzt zwei noch nie hier gezeigte Schmutzhorntfische aus dem nördlichen Argentinien, die zu den auffallendsten und buntesten Fischarten, die es gibt, gehören, in zwei kleinen Sumpfferrarien (Nr. 12 und Nr. 13) gegenüber der Zielfischabteilung ausgestellt. Sie sind nahe Verwandte der viel größeren gewöhnlichen brasilianischen Hornfische, von denen das Aquarium zwei Stück nun schon acht Jahre lang in dem großen, mit Pandanus bepflanzen Terrarium Nr. 25 besitzt, wo sie meist in dem Torfboden eingewühlt sind, daß nur die Schnauze heraussteht. Diese mächtigen Tiere leben namentlich von Mäusen und Fröschen.

Stellenvermittlung des Bundes der Auslandsdeutschen. Der Bund der Auslandsdeutschen, C. A., Berlin C. 2, Klosterstraße 75, hat den zentralen Sitz seiner Stellenvermittlung von Leipzig nach Berlin verlegt. Es wird daher gebeten, in Zukunft alle Gesuche und Angebote von Stellen an die Abteilung Stellenvermittlung des Bundes zu senden. „Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Auslandsdeutschen wegen ihrer Sprach- und hervorragenden kaufmännischen Kenntnisse sich ganz besonders für Stellen im In- und Auslande eignen.“ Interessenten erhalten jederzeit Auskunft.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Himmel kühl und veränderlich, Abends niedriger bewölkt, mit wiederholten Regenfällen und frischen Südwestlichen Winden.

Eine Kirche durch Blitzschlag zerstört. In Rorsbach (Rheinprovinz) wurde gestern bei einem schweren Gewitter die altehrwürdige katholische Kirche durch einen Blitzschlag vollständig zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt.



# Gewerkschaftsbewegung

## Politische Zustände und Gewerkschaftliche Praxis.

Ueber „Gegensätze der Staatswirtschaft und der Weltwirtschaft“ dem Kriege und die gewerkschaftliche Praxis“ sprach der österreichische Bundeskanzler a. D. Dr. Renner. Wien am Dienstag in einer Versammlung der Berliner Gewerkschaftsdelegierten im Gewerkschaftshaus. Genosse Renner bedauerte, daß durch den Krieg eine Erschwerung des Verkehrs der österreichischen mit den deutschen Genossen eingetreten ist. Die geistige Gemeinschaft werde aber trotz der Grenzspalte aufrechterhalten bleiben. Die Nachkriegszeit hat uns ganz eigenartige Zustände gebracht, Gegensätze, wie wir sie früher nicht gekannt haben. Der Krieg brachte einen Riß in die Weltwirtschaft; sie wurde unterbrochen. Vor dem Kriege war jeder Staat ein Glied in der Weltwirtschaft, mit der alle verflochten waren. Und nach dem Friedensschluß haben wir uns allgemein der Hoffnung hin, daß die Belebung der Weltwirtschaft nun wieder folgen werde. Über das Gegenteil ist eingetreten, die Zerrissenheit ist immer größer geworden. Wenn sich heute die Völker in Genus dem Kopf zerbrechen, so liegt dem das Bedürfnis zugrunde, die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Heute wird unterschieden zwischen Schuldner- und Gläubigerstaaten. Zu den Hauptschuldnerstaaten zählen Oesterreich und Deutschland. Bei uns war aber nichts zu holen, alle Sätze waren leer und damit wir nur weiter wirtschaften konnten, mußte Amerika 48 Millionen Dollar hergeben. Anders in Deutschland, dem eine ungeheure Schuldlast aufgebürdet wurde, obgleich englische Staatsmänner erklärten, daß Deutschland diese Last nicht tragen könnte.

Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Sache nicht ohne völlige Zerstörung der Weltwirtschaft durchzuführen ist. Man mußte die Ballast auflaufen, um in Gold zahlen zu können und die Mark mußte infolgedessen sinken. Immer schroffer traten die Gegensätze in der Weltwirtschaft hervor. Hier Heberarbeit, dort Arbeitslosigkeit. England hat an Arbeitslosenunterstützung mehr leisten müssen, als es an Kriegsschadigungen erhalten könnte. Die Arbeiterklasse eines jeden Landes hat eine besondere Art des Kampfes zu führen. Hier um bessere Löhne, dort zur Abwehr von Lohnherabsetzungen. Das eine, deflationsschwache, Land kann billiger verkaufen, weil es niedrigere Löhne zahlt, das andere, deflationstarke, sucht sich durch Abperrungen gegen die Einfuhr zu schützen. So haben wir durch den Krieg mehr Staaten, mehr Zölle erhalten. Statt Ausdehnung des freien Verkehrs, von Tag zu Tag mehr Einschränkungen.

Nebst dieser hierauf die Maßnahmen, welche von der sozialdemokratischen Regierung zur Zeit ihres Wirkens zum Schutze der Arbeiterschaft ergriffen worden sind, um den Zusammenbruch zu verhüten. Es wurden soziale Gesetze und Verordnungen geschaffen, die die Arbeiter gegen die Willkür der Unternehmer schützen. Ferner wurden, um die Lohnkämpfe möglichst zu vermeiden, von den Gewerkschaften feste Grundlöhne aufgestellt, während der demagogische Teil des Lohnes nach einer gleitenden Lohnskala zu zahlen ist. Dadurch hoben die Löhne mit dem Wechsel der Krone Schritt gehalten. Das System ist — so erklärte der Vortragende — allerdings mit der Zeit etwas kompliziert geworden und ein Scherzwort sagt deshalb: die eine Hälfte der Beamtenschaft rechne aus, wieviel der Lohn für die andere Hälfte betrage. Hätten wir nicht die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften gehobt, so würde der Zusammenbruch und die Auflösung Oesterreichs zweifellos erfolgt sein.

Durch Schulung und Aufklärung der Massen werde endlich doch der Sozialismus zum Siege gelangen. Der Vortrag wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen.

## Der Landarbeiterstreik im Lande Stargard.

Am 24. April teilte das Reichsarbeitsministerium dem Deutschen Landarbeiterverein telegraphisch mit, daß es bereit sei, Einigungsverhandlungen zwischen dem Mecklenburger Landbund und den im Deutschen Landarbeiterverein organisierten streikenden Landarbeitern anzubahnen, und zu diesem Zweck auf Donnerstagabend 1 Uhr in Neustrelitz im Schloß eine Verhandlung anberaume habe. Der Deutsche Landarbeiterverein hat dem Ministerium mitgeteilt, daß er bereit sei, sich an der Verhandlung zu beteiligen. Es wird von dem Vorstand des Mecklenburger Landbundes, der sich anscheinend an das Reichsarbeitsministerium gewandt hat, abhängen, ob in dieser Verhandlung ein Tarifabschluß zustande kommt, der die Beendigung des Streiks herbeiführen könnte.

## Schiedsspruch für die Brauereiarbeiter Berlins.

Die Berliner Brauereiarbeiter, deren Wochenlöhne im März d. J. 700—710 M. betragen, haben Ende März d. J. den Arbeitgebern neue Forderungen unterbreitet. Hauptächlich wurde gefordert: Wochenlöhne von 1000—1010 M. für Arbeiter, gleich hohe Lohnzulage für Frauen und Jugendliche, Erhöhung der Provisionen für das Laurenfahrpersonal, Aufbesserung der Bezüge aus § 616 des BGB., Erhöhung des Montagegeldes. In der Verhandlung der beiderseitigen Lohnkommissionen lehnten die Arbeitgeber die Erhöhung der Provisionen, der Bezüge aus § 616 BGB. und des Montagegeldes grundsätzlich ab, erklärten sich aber bereit, die Löhne der männlichen Arbeiter um 100 M. je Woche zu erhöhen. Die Arbeitnehmervertreter lehnten diese Zugeständnisse ab. Die Arbeitgeber riefen daraufhin den Schlichtungsausschuß an. Am 15. April fällt der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch: Ab 6. April sollen die Löhne betragen: Für Gelehrte 875 M., Fahrpersonal 870 M., Ungelernte 865 M. je Woche; Frauen und Jugendliche erhalten eine Zulage von 120 M. zu ihren bisherigen Löhnen; Erhöhung der Provisionen für das Fahrpersonal. Das Lohnabkommen soll auf unbestimmte Zeit gelten mit 14 tägiger Kündigungsfrist. Am 17. April d. J. beschloß sich eine Funktionärerversammlung mit diesem Schiedsspruch. Allgemein wurden die Sätze als zu niedrig bezeichnet. Als entscheidendstes Moment wurde der Teil des Schiedsspruches anerkannt, der die tarifliche dreimonatige, mit einmonatlicher Kündigungsfrist verbundene Kündigungsfrist des Lohnabkommens in ein Lohnabkommen auf unbestimmte Zeit mit 14 tägiger Kündigungsfrist umwandelt. Dieser Umstand gab der Funktionärerversammlung Veranlassung, dem Schiedsspruch zuzustimmen. Die Organisationsleitungen wurden beauftragt, das Lohnabkommen sofort wieder aufzufundigen. In einer darauf folgenden Verhandlung mit den Arbeitgebern gelang eine Einigung über die durch den Schiedsspruch offen gelassenen Punkte. Die neuen Löhne, Provisionen und sonstigen Bezüge werden ab 6. April gewährt und kommen am Freitag zur Auszahlung.

Die Konzentration in der Großindustrie behandelt der Kursus der Betriebsräte am Donnerstag um 6 Uhr in Zimmer 117 der hiesigen höheren Hochschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warschauer Platz 6/8. Am Donnerstag wird mit der Besprechung der Konzentrationsbestrebungen der Chemischen Industrie, der Stinnes- und AEG-Zusammenschlüsse begonnen. Es können daher auch neue Teilnehmer, die sich an diesem Kursus bisher nicht beteiligten, mit Erfolg dem Unterricht beizutreten.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der amtliche Stenographiekursus (Ehem. Stolze) im Preussischen Landtage (früherem Abgeordnetenhaus) beginnt am Dienstag, den 25. April, abends 7 Uhr. Er ist gute Schulbildung voraus und ist namentlich für Schüler höherer Lehranstalten bestimmt.

## Gewinn-Auszug

### 19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 11. Sitzungstag. 25. April 1923.

Alle jebe gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Normalsitzung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

2 km 20000 M 878 4
4 km 10000 M 12073 185543
12 km 500 M 1339 7 47 1616 16546 17989 18692 22763 28556 46588
116 km 300 M 308 7 47 1616 16546 17989 18692 22763 28556 46588
74830 7 747 8 0 9 97195 9395 91764 96770 97909 100016 105493 114012
120083 174638 1 9985 340 6 35994 38021 88881 37410 92927 46423 4 978
148950 147490 147 17 182902 183000 174 99 175177 184441 184660 184669
180812 1 8978 0377 21214 219885 221908 229508 243198 243728 244849
282470 283042 284358 287176 2 7338 288838 270949 2 8404
582 km 1000 M 745 4147 8204 8585 8534 8728 9295 11488 17219
17188 18870 21294 22652 22879 25307 3384 24289 25178 28800 80 5
27063 28541 3256 340 6 35994 38021 88881 37410 92927 46423 4 978
47173 47489 47841 44 17 53544 54045 8 522 8555 87 87 89205 15914
10040 61655 64028 65854 67203 68827 68 38 69162 71763 72 78 75426
76028 80494 828 8 84003 86192 8998 87102 84401 85076 95322 97584
101793 1028 2 103481 103520 104076 107324 110098 112795 112839 118892
119847 124 49 125105 126 88 13 8 138657 1364 8 13881 130 39 138216
140428 141891 14 120 144431 14091 147280 149999 181117 181608 1618 6
182804 188888 187484 189277 18883 189088 180137 181036 182814 186095
188004 188219 174 89 174581 177260 180918 1 0588 81530 18 842 88206
188401 187848 188322 189169 19 09 191441 1999 6 205012 204180 20 349
190427 208498 205501 21 8 8 213 39 214823 218718 219783 2199 1 10837
221838 22 806 224510 22489 228968 231818 236910 2 0012 30113 282284
233 48 234423 235591 238159 3 0031 237176 238929 249134 243 06 243888
244846 245429 247690 2 9 9 260663 253174 28 219 283710 284884 282283
281 83 281016 283871 283844 2810 2 281999 283842 285864 286678 27 802
27 08 277012 27 241 28107 28 212 283974 288949 28 0 7 285 82 284778
288328 290818 2985 8 2958 8 29947 299807 299822

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

2 km 15000 M 121180
2 km 10000 M 1580 7
12 km 500 M 5372 88514 83836 100489 180778 180456 284423 288883
114 km 300 M 19477 85701 40518 44228 44879 45812 46490 478 3 63724
63891 629 0 801 9 88010 89484 91810 114280 118220 123581 126882
127887 129 07 131184 132678 14097 143126 14 117 180 88 183846 186810
1 93212 172 77 174 09 177410 178561 1840 8 1925 7 19 890 194548 196381
199999 197072 20 929 218 8 2285 8 230759 22 884 285393 28 297 28 182
2640 4 266888 281232 289037 269 05 27 118 280910 286580
588 km 1000 M 5818 8129 8 35 11118 18448 15 08 1878 19121 19485
20880 21487 2 645 2795 28904 29194 31840 37240 38215 40176 40721
40732 42020 45818 46882 49297 49 8 509 19 81 403 53008 55 74 68885
8073 81810 81021 82612 82873 7363 87901 89966 71188 71323 72101
74083 76986 77607 77613 79141 80907 84 03 84003 85089 88932 89018
91254 92792 93570 95799 17790 102007 10452 108244 109474 105 98
11099 114418 118042 118184 119876 121482 122198 122464 123228 126189
12 09 128058 131490 1 1648 13 9 4 132795 141800 144110 148335 147 84
149 3 15 833 163 29 185115 187190 188385 189005 189379 192517 194887
168 48 168066 197278 181897 18 736 181936 182185 180283 181619 194 85
198 07 1957 7 196320 191897 197912 198836 199715 204905 206193 20 080
2 8989 2082 8 21 2 21 21040 210888 212765 214788 217765 218992 2 9 08
219444 221185 224440 2 05 0 220971 224200 225276 226162 24 220 244206
240 40 247981 250399 250977 2 994 253484 255009 268308 2688 20 280341
267278 26108 262927 26 9 27 264040 268140 268284 268 86 269489 28 799
268880 270418 272 81 274808 282823 27 989 277782 2822 1 28 281 290 889
2818 2 281300 28518 28 682 28 923 299 84

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen. Die bei den hiesigen Lotterie-Gewinnern zur unentgeltlichen Einsicht anliegen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Kieß, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: H. Schick, Berlin, Verlag Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag, Berlin, Verlagsanhang Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

# Wieder eine Reihe billiger Angebote.

Echt Lackkappe ganz kurze, allerliebste Passon

198<sup>50</sup>



Da wir z. T. noch altes Lager haben, bringen wir unserer werten Kundschaft wieder eine Reihe billiger Angebote, so daß es jedem trotz der enormen Preissteigerung noch möglich ist, sich für billiges Geld ein Paar hübsche Schuhe bei uns zu beschaffen. Besichtigen Sie unsers 11 Schaufenster.

Verkaufzeit 8<sup>U</sup>—7.

258<sup>00</sup>

Echt Rindbox mit Chromleder-Einsatz. Orig. Mac-cay (Größe 42—45)



- Leinen-Spangenschuhe **39**—
- Leinenstiefel **39**—
- Spangenschuhe **148**—
- Lack-Spangenschuhe **198**—
- Lack-Pumps **298**—
- Lack-Spangenschuhe **298**—
- Braun echt Chevreau **398**—
- Schnürschuhe **198**—

- Alleinverkauf der berühmten Dr. Samter-Stiefel.
- Sandalen **53**—
- Braune Rindleder-Sandalen **12**—
- Turnschuhe **12**—
- Billige Kinder-Stiefel **95**—
- Braun Spallleder **159**—
- Schwarz Boxleder **189**—
- Braun Naturleder **198**—
- Damenstiefel **198**—

- Herren-Stiefel **169**—
- Kräftiger Naturleder-Arbeitsstiefel **298**—
- Echt Rindbox od. R'chevreau **358**—
- Orig. Goodyear-Well, echt Chevreau **498**—
- Braun-Halbhaube u. Stiefel **298**—
- Feine Luxussachen **298**—

Ein großer Teil besonders billiger Angebote kann hier wegen Platzmangels nicht angeführt werden!

Grossdetail-Schuh-Lokal Behrndt Münzstraße 25 Untergrundbahn Alexanderp.'s Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54